

Fake News aus Armut

*Weshalb im Ostkongo die Pressefreiheit auf dem Spiel steht*

Von Judith Raupp (JhJ)

David Tsongo (Name geändert) arbeitet als Journalist für ein Kirchenradio in einem Dorf im Ostkongo. Er ist jung, unerfahren und schlecht ausgebildet. Das hat er vor kurzem mit fünf Tagen Gefängnis gebüßt. Der Geheimdienst hatte ihn abgeholt, weil er auf seinem privaten Facebook-Konto schrieb, dass ein Menschenrechtsaktivist verhaftet worden sei. Das Problem an der Geschichte: Die Information stimmte nicht. Der Aktivist war nicht verhaftet, sondern untergetaucht. Tsongo hatte einer einzigen Quelle vertraut, ohne zu prüfen, ob es stimmt, was ihm der Informant erzählte.

Der Fall steht exemplarisch für den Journalismus in der Demokratischen Republik Kongo. Polizei, Geheimdienst, Militär, Politiker oder einflussreiche Personen verfolgen Journalisten mit dem Argument, die Journalisten würden die Sicherheit des Staates gefährden. Viele Journalisten wiederum machen sich angreifbar, weil sie professionelle Standards verletzen. Fast niemand hat je ein Volontariat absolviert oder eine Journalistenschule besucht.

Das beschert den Schergen ein einträgliches Geschäft. Wer verhaftet wird, muss sich frei kaufen. Tsongo zum Beispiel musste umgerechnet mehr als 100 Euro bezahlen, um das Gefängnis verlassen zu dürfen. Das übersteigt sein Monatsgehalt um ein Vielfaches, sofern er dieses überhaupt bekommt. Oft muss er ohne Lohn überleben. Denn die Radios generieren kaum Einnahmen aus Werbung. Milizen und Korruption schrecken Firmen ab, also potentielle Werbekunden. Und eine Rundfunkgebühr gibt es im Kongo auch nicht.

Da Tsongo gerade Vater wurde, hat er sein ganzes Ersparnes an die Hebamme bezahlt. Das Lösegeld konnte er nicht aufbringen. JhJ ist eingesprungen.

Journalisten im Ostkongo veröffentlichen nicht nur als Privatpersonen in den sozialen Netzwerken Falschinformationen. Auch in Radio und Fernsehen (Zeitungen gibt es kaum) wird einiger Unsinn verbreitet. Zahlreiche Medienschaffende haben nicht das Bewusstsein, dass sie unabhängig und objektiv berichten sollten. Sie geben das wider, wofür ihnen jemand Geld zukommen lässt. Das können zum Beispiel die Chefs bestimmter Ethnien sein, Führungspersonen oder Politiker. Letztere unterhalten häufig eigene Radios, um Propaganda zu machen. Immer wieder lösen undifferenzierte Berichte Gewalt zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen aus.

Aber auch gut meinende Hilfsorganisationen tragen dazu bei, dass unabhängiges Denken im Journalismus abhandenkommt. Humanitäre Organisationen sind im krisengeschüttelten Ostkongo zahlreich vertreten, in manchen Gebieten sind sie die wichtigsten Arbeitgeber. Sie bezahlen Journalisten und Radios dafür, dass sie Einfluss auf den Inhalt bestimmter Sendungen bekommen. Sie gehen so genannte Kooperationen ein, manchmal sprechen sie gar von „Journalistenausbildung“.

In Wahrheit erziehen sie Heerscharen Werbetreibender heran. Die Crux dabei: Die Sendungen über Gesundheit, gewaltfreie Konfliktlösung oder Gleichberechtigung sind zwar ehrenwerte Anliegen, haben aber nichts mit unabhängigem Journalismus zu tun. Die Journalisten hinterfragen nicht, sie lernen nicht, wie man recherchiert, sie dienen lediglich als Sprachrohr. Außerdem sind die Sendungen nicht als Werbung gekennzeichnet. Den Hörern werden sie als journalistischer Inhalt verkauft.

Verkürzt gesagt: Journalisten im Ostkongo berichten fast ausschließlich über Themen, für die sie jemand bezahlt, sei es offen, sei es versteckt. Angesichts der Armut und einer durch und durch korrupten Gesellschaft kann man den Grund dafür bis zu einem gewissen Grad nachvollziehen. Doch die Folge ist, dass gesellschaftlich relevante Themen nicht an die Öffentlichkeit gelangen, wenn niemand dafür bezahlt. So fallen gerade die Anliegen schlecht gebildeter, armer Menschen unter den Tisch. Und auch Recherchen über Korruption und Menschenrechtsverletzungen finden kaum statt. Dafür bezahlt niemand, und außerdem haben die Journalisten Angst.

Trotz allem trifft man im Ostkongo aber auch Medienschaffende, die ehrlich bemüht sind, die Bevölkerung zu informieren. Sie widerstehen der Korruption, nehmen soziale Ausgrenzung in Kauf und riskieren manchmal ihr Leben. Andere müssen erst schmerzlich lernen, dass Professionalität zumindest einen kleinen Schutz vor Verfolgung bietet. Das hat nun auch David Tsongo verstanden.